



Zukunftsrat
Rheinland-Pfalz

28. Februar 2024

**Empfehlungen des Zukunftsrats
Nachhaltige Entwicklung an die
Landesregierung Rheinland-Pfalz**

**Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie
des Landes Rheinland-Pfalz**



Erarbeitung und Grundlagen der Empfehlung

Die vorliegenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz wurden, wie im Arbeitsprogramm 2023 des Zukunftsrats für Nachhaltige Entwicklung vorgesehen, von der dazu gegründeten Arbeitsgruppe (im Folgenden: AG) konzipiert, anschließend von allen Mitgliedern des Zukunftsrats diskutiert und ergänzt und am 28.02.2024 vom Zukunftsrat beschlossen. Mitglieder der AG waren folgende Ratsmitglieder: Inga Thao My Bui, Prof. Dr. Klaus Helling, Ludwig Kuhn, Cosima Lindemann, Dr. Hubert Meisinger, Barbara Mittler, Julia Schneider und Sabine Yacoub.

Das Empfehlungspapier stellt die Grundlage für einen Dialog mit der Landesregierung über die Weiterentwicklung der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie dar. Basis der vorliegenden Empfehlungen bildet eine von der AG vorgenommene systematische Analyse und Bewertung der aktuellen Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2019 sowie des Indikatorenberichts zur Nachhaltigkeit 2021. Wissenschaftliche Grundlage dieser Analyse bildeten die neun Bewertungskriterien für Nachhaltigkeitsstrategien, die vom European Sustainable Development Network (ESDN) entwickelt wurden¹. Einbezogen wurden darüber hinaus die von *RENN.west* publizierte Analyse² von Good-Practice-Ansätzen der Nachhaltigkeitsstrategien von Nordrhein-Westfalen, Hessen und dem Saarland, weitere Ausarbeitungen der *RENN.west*, Peer-Reviews von Nachhaltigkeitsstrategien anderer Bundesländer sowie die wissenschaftlichen Empfehlungen zur Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz aus dem Projekt WINN-RLP³.

Erklärung zur geschlechtergerechten Sprache: In diesem Empfehlungspapier verwenden wir, wann immer möglich, neutrale Formulierungen, wo dies nicht möglich ist Doppelformen. Mit diesen Formulierungen sind immer alle Geschlechter (m/w/d) gemeint.

¹ ESDN (o. J.): Governance Challenges of Sustainable Development Strategies, www.bit.ly/Analysekriterien (letzter Zugriff 17.09.2023)

² Download unter: https://ziele-brauchen-taten.de/wp-content/uploads/2022/01/RW_Broschuere_Nachhaltigkeitsstrategien_210x210_WEB-PDF_Einzelseiten.pdf (letzter Zugriff 17.09.2023)

³ Download unter: <https://isso.de/wp-content/uploads/2019/12/WINN-RLP-Paper-01.pdf> (letzter Zugriff 17.09.2023)



Einleitung

Vor über 20 Jahren wurde die erste Nachhaltigkeitsstrategie des Landes veröffentlicht. Seitdem wurde sie regelmäßig fortgeschrieben und durch Indikatorenberichte ergänzt. Nun übernimmt der Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung die Aufgabe, grundlegende Weiterentwicklungsbedarfe aufzuzeigen und Empfehlungen für kommende Fortschreibungen auszusprechen.

Damit eine Nachhaltigkeitsstrategie ihre Steuerungswirkung entfalten kann, braucht sie eine klare, breit getragene Vision, ein konsistentes und ambitioniertes Zielsystem, ein daran orientiertes, ressortübergreifendes Regierungshandeln sowie eine umfassende Partizipation aller und nicht zuletzt eine gute Kommunikation.

Die Empfehlungen des Zukunftsrats gliedern sich daher in die folgenden fünf Bereiche:

1. Vision für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz
2. Zielsystem der Nachhaltigkeitsstrategie
3. Governance für nachhaltige Entwicklung
4. Prozesse der Partizipation
5. Schlüsselrolle Kommunikation

Für jeden Bereich erfolgt eine kurze Situationsbeschreibung, auf deren Basis der Handlungsbedarf dargestellt wird. Für alle Bereiche werden dann konkrete Empfehlungen abgeleitet, die im Rahmen der anstehenden Fortschreibungen der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie aus Sicht des Zukunftsrats von der Landesregierung berücksichtigt werden sollten.



1. Vision für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz

Situationsbeschreibung

Eine Vision beschreibt einen wünschenswerten zukünftigen Zustand. Mit Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes beantwortet die Vision also die Frage, wie ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz aussehen soll. Einer Nachhaltigkeitsstrategie ohne eine einprägsame und klar formulierte Vision fehlt der Kompass. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, ein gemeinsames Verständnis von Nachhaltigkeit zu entwickeln, das der Vision und der Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde liegt.

Handlungsbedarf

Zunächst sollte das Verständnis von Nachhaltigkeit basierend auf dem bereits in die aktuelle Nachhaltigkeitsstrategie integrierten Modell der planetaren Grenzen in Richtung des von Kate Raworth entwickelten Donut-Modells⁴ weiterentwickelt werden. Das Modell baut auf einer starken Nachhaltigkeit auf, beinhaltet ökologische und soziale Grenzen und eröffnet so einen sicheren und gerechten Handlungsraum für die Entwicklung des Landes. Dabei sollten die inneren, sozialen Grundlagen nicht defizitär und die äußeren, ökologischen Grenzen nicht überschritten werden.

Da Kultur und gesellschaftlicher Wandel in einem engen Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung stehen, sollte darüber hinaus überlegt werden, inwiefern beide Aspekte als Dimension für das Nachhaltigkeitsverständnis oder als Ressource Berücksichtigung finden. Technologisch-naturwissenschaftliche Lösungsansätze reichen nicht aus, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die planetaren Grenzen zu wahren. Es bedarf kultureller Grundwerte, Verhaltensweisen, Bildung, Vielfalt, Werte für den Wandel in eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Die Landesregierung sollte für die nächste Fortschreibung, die bisher nur rudimentär im Vorwort formulierte Vision für die Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und konkretisieren. Diese zu entwickelnde Vision sollte ein zentrales Element der neuen Nachhaltigkeitsstrategie sein.

⁴ Kate Raworth (2018): Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört München: Hanser.



Mit Hilfe der Vision soll Nachhaltigkeit im Bewusstsein von Entscheidungsträgern auf Landesebene und in der Bevölkerung breiter verankert werden.

Empfehlungen

Für die Formulierung der Vision empfiehlt der Zukunftsrat für Nachhaltige Entwicklung die Beachtung folgender Aspekte:

- Die Vision sollte von der Landesregierung erarbeitet werden. Sie sollte positiv formuliert sein und gleichzeitig benennen, wo es schwierig wird und welche Lösungen die Landesregierung dort vorsieht oder welche Beiträge das Land auf dem Weg leistet.
- Die Vision sollte Startpunkt für einen umfassend angelegten weitergehenden Partizipationsprozess sein, z.B. durch „Beteiligung von unten“. Am Ende sollte die Vision möglichst breit von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Gewerkschaften, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft getragen werden und könnte dann auch Eingang in die Landesverfassung finden.
- Sie sollte den Vorbildcharakter des Landes sichtbar machen und Selbstverpflichtungen beinhalten (z.B. klimaneutrale Landesverwaltung oder nachhaltige Beschaffung). In der Folge sind förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. Nachhaltigkeitscheck bei Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien).
- Die Vision sollte langfristig und nachhaltig gelten, aber trotzdem Zeitrahmen vorgeben (Handlungsdruck, Verbindlichkeit) und über 2030 hinausgehen.
- In der Vision sollten die landespolitischen Verantwortungsbereiche und Chancen adressiert werden, damit die darauf aufbauende Nachhaltigkeitsstrategie auch durch die Landespolitik gestaltet werden kann. Dies bedeutet aber nicht, dass das Land keine Aktivitäten zur Mitgestaltung von Nachhaltigkeit auf anderen Ebenen (international, national und kommunal) und im Zusammenspiel mit den Stakeholdern des Landes entfalten sollte.

2. Zielsystem der Nachhaltigkeitsstrategie

Situationsbeschreibung

Aus der Vision werden Ziele für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz entwickelt. Mittels geeigneter Strategien in allen Handlungsfeldern wird eine Zielerreichung angestrebt.



Die Ziele mit ihren Teilzielen müssen geeignet und anspruchsvoll genug sein, um im jeweiligen Bereich Nachhaltigkeit zu erreichen. Die zur Zielerreichung definierten Maßnahmen sollen, wenn möglich, SMART (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminiert) formuliert sein. Dies trifft in der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie nur teilweise zu. Zudem sollten aber auch alle wichtigen qualitativen Aspekte berücksichtigt werden, wohlwissend, dass deren Umsetzung nicht quantitativ überprüft werden kann.

Die Nachhaltigkeitsstrategie gründet auf den 17 SDGs. Aktuell ist die Verbindung zwischen Zielen, Einzelmaßnahmen und Indikatoren nicht ausreichend erkennbar. Eine horizontale oder vertikale Logik zwischen den Planungselementen wird nicht genügend ersichtlich. Ganze Bereiche, in denen Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle spielt, wie etwa Mobilität, Migration/Integration, Kultur, Sport oder der Schutz des Waldes, fehlen bei der Zielfestlegung der Nachhaltigkeitsstrategie, obwohl das Land Rheinland-Pfalz in einigen Bereichen Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit festgelegt hat. Die berücksichtigten Themenfelder sind in unterschiedlicher Tiefe abgedeckt und die Ziele haben variierende Anspruchsniveaus.

Handlungsbedarf

Es sollte auf Basis der Vision ein umfassendes Zielsystem und Strategien zu ihrer Erreichung entwickelt werden, die alle wesentlichen Politik-, Wirtschafts- und Lebensbereiche in Rheinland-Pfalz abdecken. Die Ziele, die Strategien zu ihrer Umsetzung sowie die zu ergreifenden Maßnahmen und Methoden aus den verschiedenen Bereichen sollten aufeinander abgestimmt werden. Zielkonflikte sollten identifiziert und entschärft oder bestenfalls aufgelöst werden. Die Ziele und Maßnahmen sollten terminiert und priorisiert werden

Empfehlungen

- In einem ersten Schritt sollte benannt werden, welche Bereiche für die Nachhaltigkeitsstrategie relevant sind und wo ggfs. noch Nachholbedarf besteht. Zudem sollten die bislang fehlenden Bereiche aufgenommen werden.
- Da nicht alle Bereiche gleichzeitig bearbeitet werden können, sollte priorisiert werden. Hierfür sollten in einer „Wesentlichkeitsanalyse“ folgende Parameter berücksichtigt werden:
 - Was sind die signifikanten Nachhaltigkeitsthemen für das Land?
 - Womit lassen sich große Wirkungen für die Nachhaltigkeit erzielen?



- Wo hat das Land große Einflussmöglichkeiten?
- Welche Maßnahmen lassen sich schnell umsetzen?
- Im nächsten Schritt sollte auf Basis der Vision und der Wesentlichkeitsanalyse ein umfassendes, in sich logisches Zielsystem entwickelt werden, das alle für Rheinland-Pfalz wichtigen Nachhaltigkeitsbereiche abdeckt.
- Die Ziele sollten konkrete gesellschaftliche Veränderungen enthalten und, wenn möglich, SMART definiert sein.
- Mögliche Zielkonflikte müssen identifiziert und in einem ersten Schritt beschrieben werden. In einem nächsten Schritt kann versucht werden, die Konflikte zu entschärfen und bestenfalls aufzulösen.
- Für die einzelnen Ziele müssen Maßnahmen identifiziert werden, die eine Zielerreichung ermöglichen. Mittels der den Zielen zugeordneten Indikatoren kann die Zielerreichung überprüft werden.
- Zielerreichung und Maßnahmenumsetzung sollten ambitioniert, aber realistisch terminiert sein. Es sollte klar sein, welches Ministerium für welches Ziel die Federführung übernimmt und damit für die Koordination der Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich ist. Die Erreichung der Ziele und die Nachhaltigkeitsstrategie sollten regelmäßig im Rahmen eines Monitorings, ggf. unter Einbezug einer Wirksamkeitsanalyse, überprüft werden. So wird nicht nur geprüft, ob die einzelnen Maßnahmen wie geplant umgesetzt wurden, sondern auch, ob der erwartete Effekt für die Nachhaltigkeit eingetreten ist.
- Das Ziel- und Monitoringsystem sollte vereinheitlicht und standardisiert als Intranetplattform etabliert werden und dezentral von den beteiligten Ministerien in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt gepflegt werden. Die Zusammenführung der Informationen sollte der Staatskanzlei als koordinierender Instanz obliegen.
- Darüber hinaus sollte betrachtet werden, wie andere Akteure und Akteurinnen (z.B. Kommunen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisation etc.) zur Zielerreichung beitragen können. Die Strategie sollte Maßnahmen beinhalten, die die Aktivitäten dieser Akteure unterstützen, z. B. Beratungen oder Förderungen.



3. Governance für nachhaltige Entwicklung

Situationsbeschreibung

Unter Governance wird eine Steuerungsstruktur verstanden, die einer besseren Zielerreichung der Nachhaltigkeitsstrategie dienen soll. Gerade vor dem Hintergrund globaler Ziele, die auf nationaler und regionaler Ebene durch gezielte Maßnahmen erreicht werden sollen, ergibt sich die Notwendigkeit einer solchen klaren Steuerung. Insbesondere den föderalen Strukturen und ressortabhängigen Zuständigkeiten für die Umsetzung von Maßnahmen muss in dieser Regelungsstruktur Rechnung getragen werden. Da verschiedene Ebenen von Nachhaltigkeitsstrategien bestehen (UN, EU, Bund, Länder und Kommunen) stellt die Governance im Idealfall nicht nur die vertikale Integration der Nachhaltigkeitsstrategie über die Verwaltungsebenen hinweg her, sondern auf Landesebene insbesondere auch die horizontale Integration, durch klare Steuerung unterschiedlicher Ressorts mit divergierenden Zuständigkeiten auf Landesebene.

Handlungsbedarf

Nachhaltigkeit betrifft alle Politikfelder, für die es zum Teil eigene Strategien gibt. Hierdurch wird nicht nur die Steuerung erschwert. Es besteht auch die Gefahr von Inkonsistenzen, Zielkonflikten und Widersprüchen. Darum sollte die Nachhaltigkeitsstrategie zu einer Dachstrategie entwickelt werden. Dies kann zudem die Resilienz der Nachhaltigkeitsstrategie über Legislaturperioden hinweg stärken. Unter der Nachhaltigkeitsstrategie vereinen sich dann weitere Strategien unterschiedlicher Landesressorts, die gemeinsam die Ziele der Dachstrategie unterstützen und mit Maßnahmen konkretisieren. Dabei ist es unbedingt erforderlich, eine Regelungsstruktur zu etablieren, die eine Verzahnung der Teilstrategien untereinander und mit der Dachstrategie sicherstellt. Es gilt die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu befördern und zu unterstützen. Am Beispiel Landwirtschaft und der Biodiversitätsstrategie kann dieser Handlungsbedarf verdeutlicht werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes enthält im Bereich der Landwirtschaft weniger ambitionierte Ziele als die vom Umweltministerium in Kraft gesetzte Biodiversitätsstrategie. An diesem Beispiel wird deutlich, dass es keine ausreichende Kohärenz zwischen der Nachhaltigkeitsstrategie und anderen Strategien gibt. Im Falle sich ändernder Ressortzuschnitte und damit verbundener Veränderungen in der Verantwortlichkeit kann dies zur Folge haben, dass bestimmte Bereiche einzelner



Teilstrategien nicht mehr verfolgt werden. Die horizontale Integrität der Strategie ist somit derzeit, auch aufgrund einer fehlenden Governance innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, nicht mehr gewährleistet.

Empfehlungen

- Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte als Dachstrategie weiterentwickelt werden, die auch andere Strategien der Landesregierung integriert und berücksichtigt.
- Dafür sollte definiert werden, was unter einer Dachstrategie verstanden wird, wie diese gelebt werden soll und wie andere Strategien eingebettet oder berücksichtigt werden können.
- Es sollten Steuerungsmechanismen und aufgabengerechte Strukturen auf politischer Ebene und Arbeitsebene etabliert werden, die ressortübergreifende Arbeit, verbindliche Wirkung und transparente, regelmäßige Kommunikation gewährleisten.
- Bei der Strategieplanung sollte herausgearbeitet werden, in welchen Nachhaltigkeitsbereichen eine ressortübergreifende Arbeit unumgänglich ist.
- Eine Qualitätssicherung (begleitendes Monitoring sowie interne und externe Evaluierungen) sollte in der Nachhaltigkeitsstrategie implementiert werden, um Resilienz zu stärken.
- Durch die Umsetzung der Empfehlungen zur Nachhaltigkeitsstrategie kommen insbesondere auf die Staatskanzlei als koordinierende Stelle, aber auch auf die Ressorts teilweise neue Aufgaben zu, für die personelle Ressourcen eingestellt werden müssen. Daher sollte das Monitoring zeitlich so getaktet sein, dass Handlungsbedarfe noch in die Haushaltsplanung einfließen können.
- Die Befassung des Landtags mit der Nachhaltigkeitsstrategie sollte gestärkt werden. Dies könnte über eine einzurichtende Struktur wie einen Landtagsausschuss oder einen Parlamentarischer Beirat erfolgen. Diese könnten die parlamentarische Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie insbesondere bei der Fortentwicklung der Indikatoren und Ziele, bei der Festlegung und Konkretisierung von Maßnahmen und Instrumenten zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie gewährleisten. Darüber hinaus könnten sie bei der Vernetzung wichtiger nachhaltigkeitsrelevanter Politikansätze mitwirken.
- Auch ein Nachhaltigkeits-Check für Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sollte bereits jetzt als Ziel formuliert werden.



- Die Landesregierung sollte ein Konzept für einen Nachhaltigkeits-Haushalt entwickeln, der die Landesregierung in die Lage versetzt, Steuerungsimpulse zu setzen. Anknüpfungspunkte hierfür könnten kommunale Nachhaltigkeitshaushalte oder das Gender Budgeting sein.
- Perspektivisch sollte überlegt werden, ob die Entwicklung eines Nachhaltigkeitsgesetzes für das Land Rheinland-Pfalz ein zielführender Weg ist.

4. Prozesse der Partizipation

Situationsbeschreibung

Nachhaltige Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche und globale Aufgabe. Die Förderung der Partizipation von gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren kann ein verstärkender Hebel für die Umsetzung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie sein. Mittels eines Beschlusses von Bund und Ländern im Jahr 2019 wird nachhaltige Entwicklung zu einem „Gemeinschaftswerk“ erklärt und damit die gemeinsame Verantwortung bekräftigt. Vergleichbare Formen von Dialogen und zivilgesellschaftlicher Beteiligung an der Nachhaltigkeitsstrategie sind in Rheinland-Pfalz bisher wenig entwickelt.

Es gibt natürlich vielfältige Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, Kommunen und Unternehmen. Dieses Engagement ist oft wenig sichtbar und nicht in die Umsetzungsprozesse der Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen.

Bildung und Kultur sind zentrale Felder, um Wissen, Kompetenz und Motivation zur eigenständigen Beteiligung zu stärken. Bestehende Ansätze im Bildungs- und Kulturbereich sind oft nicht mit zentralen Prozessen der Nachhaltigkeitsstrategie verbunden.

Ein weiterer zentraler Bereich ist die kommunale Ebene. Die kommunale Ebene ist in Umsetzung und Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie wenig eingebunden. Bereits bestehende Kompetenzen und Modelle, wie z.B. die Kommunen des Projekts „Global Nachhaltige Kommune Pfalz“ sind wenig über den eigenen Bereich hinaus bekannt.



Die globale Dimension der Nachhaltigen Entwicklung wird in besonderer Weise in den globalen Partnerschaften des Landes wahrgenommen. Ihre Rolle zur Mitwirkung an den Nachhaltigkeitszielen wird bisher nur teilweise genutzt.

Handlungsbedarf

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sollte die Verantwortung des Landes sowie die Vorbildfunktion der Landeseinrichtungen widerspiegeln, die als Vorbild vorangehen. Sie wird aber nur erfolgreich sein, wenn sie zu einem soziokulturellen, gesamtgesellschaftlichen Anliegen wird. Die Stärkung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, im Besonderen von Kindern und Jugendlichen, Verbänden und Vereinen, Kommunen und Unternehmen sollte als wichtige Dimension in Erstellung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden.

Empfehlungen

- Der Einsatz für die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen sollte in der Nachhaltigkeitsstrategie als Aufgabe der Landesregierung aufgenommen und exemplarische Vorhaben geplant werden.
- Zivilgesellschaft, Unternehmen und Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft sind tragenden Säulen für eine breite Verankerung der Strategie in der Gesellschaft. Daher sollten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um sie an der Planung und Umsetzung der Strategie zu beteiligen.
- Zu ausgewählten Zielen könnten Formate wie Dialog und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, Kommunen oder Unternehmen geplant und erprobt werden. Beispiele hierfür sind Dialogforen, Jugendbeteiligungscamps, Zukunftswerkstätten etc.
- Die Verankerung von Partizipationsprozessen für die nächste Fortschreibung sollte zeitnah vorbereitet werden.
- Im Bildungs- und Kulturbereich sowie im Sport sollten Ansätze für Nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit der Nachhaltigkeitsstrategie gefördert und gestärkt werden.
- Die kommunale Ebene als Akteurin für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie sollte eingebunden werden. Die Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien sollte weiter angeregt, gute Beispiele genutzt und mit Beratung der Transfer in die Fläche unterstützt werden.
- In den Landespartnerschaften und für globale zivilgesellschaftliche Partnerschaften sollte der Austausch über Ziele und Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie angeregt werden. Verbindliche Formen der



Berichterstattung über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie mit globalen Partnern für die übernächste Fortschreibung vorbereitet und die Planung von gemeinsamen Umsetzungsmaßnahmen in den jeweiligen Partnerschaften anregt und gefördert werden.

5. Schlüsselrolle Kommunikation

Situationsbeschreibung

Die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Ziele sind derzeit nur einem Fachpublikum sowie entsprechenden Expertinnen und Experten bekannt. In den Medien, der breiten Öffentlichkeit sowie bei Bürgerinnen und Bürgern findet die Nachhaltigkeitsstrategie wenig Beachtung. Eine Nachhaltigkeitskommunikation sollte eine Schlüsselrolle in der politischen Kommunikation einnehmen, denn sie macht eine gesellschaftliche Transformation erst möglich.

Handlungsbedarf

Glaubwürdige Nachhaltigkeitskommunikation bedeutet, dass das Land die treibende Kraft für Veränderung wird. Mit einer entsprechenden Kommunikationsstrategie positioniert sich das Land zu den Sustainable Development Goals (SDGs) und zur Nachhaltigkeit und kommuniziert dies in die Gesellschaft hinein. Nachhaltigkeitskommunikation erfordert Kontinuität und Information nach innen (Erklärungsformate, Schulungen, Foren etc.) in die Landesregierung hinein und nach außen in die Öffentlichkeit, um möglichst viele Menschen in Rheinland-Pfalz an der Entwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen. Nachhaltigkeit und die Nachhaltigkeitsstrategie müssen authentisch, greifbar, verständlich und ansprechend sein, damit die Menschen sich damit identifizieren und für die Erreichung der Ziele einsetzen.

Empfehlungen

- Die Verständigung auf eine Verbesserung der Kommunikation sollte in der kommenden Nachhaltigkeitsstrategie verankert und Ressourcen dafür einplant werden.
- Ein integratives und anschlussfähiges Kommunikationskonzept sollte entwickelt werden, um die Nachhaltigkeitsstrategie einem breiteren Publikum bekannt zu



machen, Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen und „Nachhaltigkeit“ als Grundlage aller Entwicklungen in Rheinland-Pfalz in die Bevölkerung zu tragen. Hierzu sollten Inhalte und Ziele der Kommunikation, Zielgruppen und zu vermittelnde Botschaften ebenso festgelegt werden wie die Instrumente und Mittel.

- Die Erreichung der Ziele sollte in der Berichterstattung über die Indikatoren weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen, denn an ihnen kann der Nachhaltigkeitsfortschritt verfolgt werden. Dazu sollte eine Internetplattform aufgesetzt werden, die mit Visualisierungen anschaulich Veränderungen darstellt und erläutert.
- Die Strategie und die Fortschritte bei der Umsetzung sollten allgemein verständlich und barrierefrei zur Verfügung stehen. Die Entwicklung zielgruppenspezifischer Zugänge sollte angestrebt werden (z.B. auch in einfacher und leichter Sprache)
- Auch gute Beispiele sollten in der Kommunikation nicht fehlen und zeigen, dass Nachhaltigkeit ihrer federführenden Rolle gerecht wird, darüber hinaus aber ein Gemeinschaftswerk darstellt.
- Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie als Ausdruck globaler Mitverantwortung wird als ausdrückliches Anliegen des Landes für die Gestaltung der Landespartnerschaften benannt und kommuniziert.
- Anspracheformate nach innen (Foren, Schulungen, Erklärungsformate etc.) wie nach außen für verschiedene Zielgruppen und Fachebenen (Bürgerdialog etc.) sollten Eingang in die Kommunikationsstrategie finden.
- Ein Social Media Konzept als Teil der Kommunikationsstrategie könnte nicht nur die Nachhaltigkeitsstrategie präsentieren, sondern über Kampagnen oder Dashboards eine Partizipation der Gesellschaft an Nachhaltigkeitsprozessen im Land ermöglichen. Das bereits vorhandene Logo könnte weitergetragen und in Szene gesetzt werden.

Fazit und Ausblick

Die Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele erfordert entschlossenes und schnelles politisches Handeln.



Das vierjährige Erscheinen der Nachhaltigkeitsstrategie und das versetzte zweijährige Erscheinen des Indikatorenberichts trägt der Notwendigkeit eines raschen Handelns nicht mehr Rechnung.

Der Zukunftsrat für Nachhaltige Entwicklung liefert mit diesem Empfehlungspapier strukturierte und fundierte Empfehlungen, die der Landesregierung bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Rheinland-Pfalz helfen sollen. Eine erste Diskussion des Zukunftsrats mit dem Ministerrat im Juli 2023 hat gezeigt, dass die Landesregierung offen für die Vorschläge des Zukunftsrats ist.

Durch die Ansiedlung der Nachhaltigkeitsstrategie in der Staatskanzlei kommt dem Thema Nachhaltigkeit eine zentrale Bedeutung zu. Damit übernimmt die Ministerpräsidentin mit ihrer Staatskanzlei die Koordination der Fortschreibung und gemeinsam mit den Ressorts die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Im Rahmen dieses strategischen Empfehlungspapiers konnte und wollte der Zukunftsrat nicht die konkreten Ziele und Maßnahmen der kommenden Nachhaltigkeitsstrategie benennen, dies ist und bleibt Aufgabe der Landesregierung im Zusammenspiel mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir bieten aber klare Hinweise, wie die Umsetzung der Nachhaltigkeit in der Landespolitik basierend auf einer klaren, gemeinsam getragenen Vision, einem konsistenten, anspruchsvollen und möglichst widerspruchsfreien Zielsystem und gelebten, ressortübergreifenden Governancestrukturen, dauerhaft verbessert werden kann.

Basis für eine wachsende Akzeptanz und Beteiligung aller relevanten Akteurinnen und Akteure bilden geeignete Partizipationsprozesse und -formate sowie ein modernes, zielgruppenspezifisches Kommunikationskonzept. Auch dafür liefern wir passende Empfehlungen.

Die vom Zukunftsrat vorgeschlagene Intranetplattform zur Nachhaltigkeitsstrategie könnte allen Ministerien die Möglichkeit eröffnen, zeitnah ihre spezifischen Informationen zu Zielen und ihrer Erfüllung einzustellen und mit dem Planungsstand abzugleichen. Die Zusammenführung obläge der Staatskanzlei, die darüber hinaus Informationen in zentrierter Form an die Öffentlichkeit weiterleiten könnte und so der Gesellschaft Teilhabe ermöglicht.



Über den Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung

Der Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz ist von Ministerpräsidentin Malu Dreyer im März 2022 eingerichtet worden. Er arbeitet unabhängig von der Landesregierung. Im Zukunftsrat sind 20 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen versammelt, die ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung vereint. Den Vorsitz führt seit 2023 Prof. Nadine Kammerlander, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Klaus Helling

Der Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung will einen Beitrag dazu leisten, dass Rheinland-Pfalz auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung noch schneller als bislang vorankommt. Zu seinen Aufgaben gehört, die Landesregierung zu beraten und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz vorzulegen. Der Rat hat sich im März 2023 sein erstes Arbeitsprogramm gegeben. Darüber hinaus will der Rat den Dialog zu nachhaltiger Entwicklung im Land intensivieren.

Der Rat wird von einer Geschäftsstelle in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz unterstützt.

Impressum

Zukunftsrat Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
c/o Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Peter-Altmeier-Allee 1

55116 Mainz

www.zukunftsrat.rlp.de

Inhaltlich verantwortlich

Prof. Dr. Nadine Kammerlander

Vorsitzende des Zukunftsrats Nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz